

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

**Bezugs-Verhältnisse:**  
Abonnement für Dresden bis Ende des Jahres 1912 1,20 Mk. (einschl. Porto).  
Abonnement für andere Orte bis Ende des Jahres 1912 1,30 Mk. (einschl. Porto).  
Einzelhefte 5 Pf. (einschl. Porto).  
Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vor dem Erscheinen des Blattes zugewandten Exemplare werden ohne Porto zugewandt.  
Abonnement für Ausland bis Ende des Jahres 1912 1,80 Mk. (einschl. Porto).  
Einzelhefte 10 Pf. (einschl. Porto).  
Anzeigen-Zariff: 1. Spalte 10 Pf. die Zeile, 2. Spalte 8 Pf. die Zeile, 3. Spalte 6 Pf. die Zeile, 4. Spalte 4 Pf. die Zeile.  
Langzeitanzeigen nach Vereinbarung.  
Jedes Blatt kostet 10 Pf.

**Anzeigen-Zariff:**  
Abonnement für Dresden bis Ende des Jahres 1912 1,20 Mk. (einschl. Porto).  
Abonnement für andere Orte bis Ende des Jahres 1912 1,30 Mk. (einschl. Porto).  
Einzelhefte 5 Pf. (einschl. Porto).  
Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vor dem Erscheinen des Blattes zugewandten Exemplare werden ohne Porto zugewandt.  
Abonnement für Ausland bis Ende des Jahres 1912 1,80 Mk. (einschl. Porto).  
Einzelhefte 10 Pf. (einschl. Porto).  
Anzeigen-Zariff: 1. Spalte 10 Pf. die Zeile, 2. Spalte 8 Pf. die Zeile, 3. Spalte 6 Pf. die Zeile, 4. Spalte 4 Pf. die Zeile.  
Langzeitanzeigen nach Vereinbarung.  
Jedes Blatt kostet 10 Pf.

Telegraphische Adresse: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3401.

Für Feinschmecker: **Lebeck's** Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade, Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M., Dessert per Carton 2,3 u. 4 M.

per Tafel 50 Pf.

Mark: Dreiring.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.

**RAUM KUNST**  
"Raumkunst"  
Dresden-A., Viktoriastraße 5/7.  
Die historische Abteilung im Erdgeschoss und der Halle enthält: **Spinnwebel** - Antiquitäten - Kunstgegenstände. Im II. u. III. Stockwerk befindet sich die Ausstellung von **modernen Möbeln**. **Brautausstattungen**. **Innenarchitektur**.

**Entstaubungs-Anlagen**  
anerkannt bestes System.  
**Ebeling & Croener**  
Bankstraße 11.

**Nervenschmerzen**  
all. Art. Neuralgie, Kopf- u. Gliederreissen, rheumatische u. gichtische Attacken werden ungemittelt gelindert u. meistens schnell beseitigt durch **Schmuckers nervenstärkenden und nervenberuhigenden Menthol-Spiritus**. Licht in Flaschen zu 60 Pfennig, 1,20 und 3,- Mark. Versand nach auswärts.  
**Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.**

**Respiratoren**  
zum Schutze der Arbeiter in den Oxydationsräumen gegen starksaure Dämpfe beim Anilinschwärzfärben, Chlor- oder Schwefelbleichen, säurefeste Bekleidungsstücke, Gummihandschuhe etc. etc. empfiehlt

**Carl Wendschuch's Etablissement**  
Struvestrasse 11.

## Für eilige Leser.

**Ausmaßliche Bitterung: Keine Bitterungsänderung, Nachtrifft.**

Prinz Heinrich von Preußen wird bei seiner Rückkehr aus Japan für mehrere Tage zum Besuche des Zaren in Spala erwartet.

Der Bundesrat nimmt seine regelmäßigen Plenarsitzungen am Donnerstag wieder auf.

Die internationale Ausstellungskonferenz in Berlin wurde am Dienstag vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit einer Rede in französischer Sprache eröffnet.

Der deutsch-französische Gebietsaustausch in Äquatorial-Afrika ist am 1. Oktober begonnen worden.

Die bayerische Abgeordnetenkammer hat als erste Kasse für die Kanalisation des Mains von Hanau bis Aschaffenburg 3 Millionen Mark bewilligt.

Vor dem Schwurgericht in Rom begann der Prozeß gegen den Anarchisten Alba, der am 14. März einen Anschlag gegen den König von Italien verübt hat.

In Spanien ist der normale Dienst auf allen Eisenbahnen, mit Ausnahme des Südnetzes, wieder hergestellt.

Der montenegrinische Geschäftsträger in Konstantinopel hat nach Ueberreichung der Kriegserklärung an die Porte Konstantinopel auf einem rumänischen Dampfer verlassen.

In Serbien haben sich 395 000 Stellungspflichtige gemeldet, wovon 31 000 eingereicht wurden.

Die hervorragenden Albanesenführer haben sich bereit erklärt, sich an der Verteidigung der Türkei zu beteiligen.

## Fortschritt und Schutzoll.

Die Verhandlungen des fortschrittlichen Parteitagcs in Mannheim über die Stellungnahme zur Landwirtschaft haben infolgedessen ein besonderes Interesse, als sie den Beweis lieferten, daß trotz aller schönen Redensarten auf den bürgerlichen Radikalismus schlechterdings kein Verlaß ist, wenn es sich um eine ernsthafte Politik des Schutzes der nationalen Arbeit handelt. An theoretischen Vorträgen der landwirtschaftsfeindlichen Gesinnung des Fortschritts war freilich kein Mangel, es wurde sogar die Einsetzung einer Agrarkommission beschlossen, die nach Mitteln und Wegen suchen soll, um der Landwirtschaft nach fortschrittlichem Rezept auf die Beine zu helfen. Auf die wohlwollenden Redensarten folgte aber alsbald der hinkende Vote in Gehalt der bekannten fortschrittlichen „Jollabbau“-Forderungen, die auf eine allmähliche gänzliche Abtragung unseres Zollschutzes gegenüber dem ausländischen Wettbewerb hinauslaufen. Das ging nun wiederum den mittleren und kleinen Landwirten, die in der Mannheimer Versammlung vertreten waren, stark wider den Strich, und sie erhoben gegen die verlangten Abkürzungen des Zollschutzes nachdrücklichen Widerspruch. Darob ergrimmten die „Zielbewußten“, und einer von ihnen fuhr den Landwirten, die naiv genug waren, von der Fortschrittspartei ein aufrichtiges Eintreten für unsere gegenwärtige Wirtschaftspolitik zu erwarten, mit der schroffen Bemerkung durch die Parade: „Wenn wir sagen, wir wollen keine Ermäßigung der Schutzölle mehr, dann sind wir auch keine Volksparteiler mehr.“ In diesen Worten kommt die ganze doktrinaire Auffassung des Fortschritts, dem er auf wirtschaftlichem Gebiete huldigt, deutlich zum Ausdruck. Das ist noch genau der Standpunkt des alten Freisinnus, der sich nicht von der Ansicht trennen konnte, daß das Bekenntnis zum Freihandel unweigerlich zu den Merkmalen einer echt demokratischen Anschauungsweise gehöre, und daß niemand ein Recht habe, sich als wahrhaft liberaler Mann zu bezeichnen, der nicht jedweder Schutzollpolitik Feindschaft bis aufs Messer geschworen habe.

Es ist für den gesunden Menschenverstand schwer zu verstehen, wie eine derartige hartnäckige Verpöhrtheit sich gegenüber der klaren und überzeugenden Sprache der Tatsachen zu behaupten vermag. Die durchaus gemäßigte und in keiner Weise mit dem amerikanischen Prohibitivsystem zu vergleichende Schutzollpolitik, auf deren Boden das Deutsche Reich steht, hat nicht nur den Abfall deutscher Waren auf dem heimischen Markte fortgesetzt gesteigert,

sondern auch den Vorenabfall auf dem Weltmarkte ganz bedeutend erweitert. Auch der letzte amtliche Ausweis über den Spezialhandel Deutschlands im ersten Halbjahr 1912 läßt wieder eine bemerkenswerte Steigerung der Ausfuhr erkennen, deren Wert sich von rund 3861 Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahres auf 4247 Millionen Mark, also um 386 Millionen gesteigert hat. Eine derartige Absatzsteigerung bewirkt entsprechende Vermehrung der Arbeitsbeschäftigung, diese wiederum hat eine bessere Verwendung der Arbeitskraft der breiten Volksschichten im Wesentlichen, und die höheren Löhne ermöglichen eine Verbesserung der gesamten Lebenshaltung, so daß auch vorübergehende Krisen, wie die gegenwärtige Reichsteuern, dank der fortwährenden günstigen Wirkungen des Schutzollschutzes, mit verhältnismäßiger Leichtigkeit ohne schwere Schädigung des allgemeinen Volkswohls überwunden werden können. Solange die Entwicklung des deutschen In- und Auslandsabwärtens und unseres gesamten nationalen Erwerbslebens in solcher Weise fortschreitet, können auch grundsätzliche Angriffe gegen unsere Wirtschaftspolitik nicht als berechtigt gelten. Es wäre vielmehr im höchsten Grade leichtfertig, wenn wir von unserem bewährten wirtschaftlichen System lediglich um einer doktrinären Präzisionsreiterei willen abzuweichen wollten. Das heißt aber der Fortschritt nicht ein und will es nicht einsehen, weil es ihm nicht in seine freihändlerische „Doktrin“ paßt. Nur zu einem notgedrungenen formalen Zugeständnis an die Würde der Tatsachen hat er sich bequemt, indem er statt der früheren Forderung der sofortigen radikalen Heiligung der Schutzölle die Parole ihres „allmählichen Abbaues“ ausgegeben hat. Dazu hat sich auch die Parteitagsschreiberei in Mannheim bekannt. Wen wollen denn nun die Herren von der radikalen Oberbank zu dem Glauben befehlen, daß Politiker von solcher grundsätzlicher Abneigung gegen einen ausreichenden Schutz der nationalen Arbeit jemals als zuverlässige Verteidiger unseres schutzollnerischen Systems in Betracht kommen könnten? Die Verhandlungen in Mannheim können lediglich dazu beitragen, in allen einsichtigen Kreisen die Ueberzeugung zu befestigen, daß die Fortschrittler im Punkte der Schutzollpolitik durchaus unsichere Kantonisten sind und im Entscheidungsfalle auf der Seite ihrer sozialdemokratischen Stützpunkt-Bundesbrüder zu finden sein werden.

## Das englische Parlament

hat seine Arbeit wieder aufgenommen und wird voraussichtlich eine ziemlich lange Tagung bis gegen den April hin bewältigen müssen, weil die Regierung entschlossen ist, die beiden umfassenden Hauptvorlagen der Session, die Home-Rule- und die Wahlrechtsbill, auf jeden Fall im Unterhause unter Dach und Fach zu bringen. Sollte dann das Oberhaus nicht geneigt sein, ante Miens zum bösen Spiel zu machen, sondern sich auf eine hartnäckige Opposition bis zum äußersten verstehen, so würde die neue Verfassungsbestimmung in Wirksamkeit treten, kraft deren ein vom Oberhause mit dem Veto belegter Beschluß des Unterhauses binnen zwei Jahren noch zweimal wiederholt werden muß, ehe er über den Kopf der Lords hinweg Gesetzeskraft erlangen kann.

Es ist aber keineswegs unbedingt sicher, daß die Regierung ihr Programm glatt zur Ausführung bringen kann, weil die konservativen Ansichten für den Fall von Neuwahlen in der Zwischenzeit erheblich gestiegen sind und die Rechte daraus den Mut zu einem Aufsturm mit vereinten Kräften gegen das Kabinett schöpft. Einmal sind sämtliche Nachwahlen der letzten Monate zuungunsten der Liberalen ausgefallen, eine Erscheinung, die als Stimmungssymptom schon für sich allein nicht unterschätzt werden darf; ging es doch dem konservativen Kabinett Balfour umgekehrt genau so, indem eine Menge liberaler Nachwahlen ihm das baldige Ende seiner Herrschaft prophezeiten. Sodann sind die sogenannten Ulster-Patrioten, d. h. die englischen Parteigänger in Irland, die von einer administrativen und parlamentarischen Sonderstellung der irischen Insel nichts wissen wollen, den Konservativen durch einen mit harten äußerlichen Mitteln geführten Feldzug gegen die Home-Rulebill zu Hilfe gekommen und haben durch ihr lärmendes und anpruchsvolles Gebaren mit zur Verhärtung des Eintruds beigetragen, daß die Regierung sich in der Klemme befindet. Ein weiterer Grund zur Ermüdtung der konservativen Opposition ist in der Trübung des Verhältnisses der liberalen Partei zur Arbeiterpartei

gegeben. Die Arbeiterpartei ist mit dem liberalen Kabinett trotz aller Zugeständnisse sozialen Charakters nicht zufrieden, sondern gefällt sich in allerlei schikansen Schachzügen, die der liberalen Regierung ihre Abhängigkeit von der arbeiterteilichen Gnade zum Bewußtsein bringen sollen. Jedenfalls kann Herr Asquith die parlamentarische Unterstützung durch die Arbeiterpartei nicht mehr als zuverlässigen Faktor in seine politische Rechnung einstellen, und da überdies im Schoße des Kabinetts selbst keine unbedingte Einigkeit herrscht, worunter die Disziplin und die Energie des Ministeriums leiden, so erscheint die gesamte Lage durchaus nicht in einem der liberalen Sache so günstigen Lichte, daß die Hoffnungen der Konservativen von vornherein als unbegründet gelten müßten. Man wird vielmehr mit der Möglichkeit zu rechnen haben, daß die konservative Opposition die Regierung zur baldigen Auflösung des Parlamentes zwingt, und daß Herr Bonar Law im Falle eines für ihn günstigen Wahlsalles an die Stelle von Asquith tritt. Schon die nächsten Wochen werden über die Frage der Parlamentsauflösung Klarheit bringen.

## Die Entscheidung in der Balkankrise.

**Das jugoslawische Kommando**  
hat an alle Niederlassungen in der Provinz ein Rundschreiben erlassen, worin die dort anwesenden Streitkräfte aufgefordert werden, sich zu einigen und der Regierung die Hand zu reichen, damit die Nation in ihrer gefährlichen Lage eins und kräftig sei.

**Der Belagerungszustand in Stambul.**  
In dem Edikt betr. den Belagerungszustand werden öffentliche Versammlungen und Kundgebungen, sowie Geheimbünde verboten, dagegen die Versammlungen der Klubs gestattet. Weiter werden beleidigende Veröffentlichungen gegen die Regierung und die innere und äußere Politik untersagt. Dagegen wird die Kritik innerhalb der Grenzen des Preßgesetzes gestattet.

**Die Haltung der Albanen.**  
Auf der hervorragenden Volksführer Albaniens haben sich bereit erklärt, mit allen Anstrengungen an der Verteidigung des Vaterlandes sich zu beteiligen. Sie warten nur auf einen Wink, gegen den Feind zu ziehen. Auch in Monastir, Ohrida, Janina und Skopje haben große Kundgebungen in diesem Sinne stattgefunden.

## Die neuesten Drahtberichte lauten:

**Die Kriegserklärung Montenegro an die Türkei.**  
Konstantinopel. (Priv.-Tel.) Der montenegrinische Geschäftsträger hat der Türkei heute mittag die Kriegserklärung überreicht und auf einem rumänischen Dampfer Konstantinopel verlassen. Die montenegrinische Kriegserklärung wurde der Porte in dem Moment überreicht, da der österreichisch-russische Vermittlungsvorschlag in Sofia unterbreitet wurde. — Aus Cetinje wird gemeldet: König Nikita hatte in der vergangenen Nacht eine überaus heftige Szene mit dem Armeeschef. Er wurde genötigt, zur Unterhänkung der Maflioren die gesamte Wehrkraft anzubieten.

**Konstantinopel.** Gegen Mittag überreichte der montenegrinische Geschäftsträger, Plamenak, auf der Porte die Kriegserklärung in einer Note, in der erklärt wird:

Da die Türkei die Wünsche Montenegros, die Streitfragen zu schlichten, nicht erfüllen wollte, sieht sich Montenegro gezwungen, sich mit den Balkanmächten in der Verteidigung zu vereinen. Die Fasse werden noch heute dem türkischen Gesandten in Cetinje zugeteilt werden.

Der montenegrinische Geschäftsträger ist bereits abgereist. Der Schutz der Montenegro in der Türkei ist Rußland anvertraut worden.

**Sofonow über die Lage.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Der russische Minister des Auswärtigen erklärte dem Chefredakteur der „Nationalität“: Ich habe den diplomatischen Vertretern der Balkanstaaten, mit denen ich gesprochen habe, erklärt, daß die ganze Angelegenheit für sie nur eine question de calcul ist, nachdem die Großmächte übereingekommen sind, keine territorialen Veränderungen zu bilden. Sie können sich selbst die Rechnung aufmachen: Auf der einen Seite die Kosten der Mobilisation, auf der anderen die Kosten und das Risiko eines Krieges, und das Ergebnis wird beide Male dasselbe sein: die Reformen in Mazedonien, zu denen die Porte sich ja schon bereit erklärt hat. Die Balkanstaaten wissen, daß sie selbst im Falle eines Sieges auf Gebietsveränderungen nicht zu hoffen haben, die Türkei selbstverständlich auch nicht. Ob sie unter diesen Umständen es auf einen Krieg ankommen lassen werden, ist ihre eigene Sache und geschieht unter ihrer